

Christen in die Politik!

Darf eine Gemeinde Kirchenasyl gewähren? Der Pfarrer gegen industrielle Nutztierhaltung predigen? Verärgerte Politiker und Lobbyistinnen raten den Kirchen dann gerne, sich lieber um „die letzten Dinge“ zu kümmern. Doch die Nachfolge Jesu erfordert mehr, erklärt **Joachim Wiemeyer**.

Christinnen und Christen können und dürfen sich nicht darauf beschränken, prächtige Gottesdienste zu feiern und intellektuell rein theoretische theologische Reflexionen anzustellen. Darin stimmen katholische wie evangelische Kirchen überein: Die Weltgestaltung aus dem Glauben heraus ist eine Christenpflicht. Alles andere wäre jenseits der sozialen Realität und der konkreten Nöte der Menschen. Und vor allem widerspräche es der Botschaft des Evangeliums und der Nachfolge Jesu, der sich in seiner Verkündigung und in seinen Taten den Armen, Notleidenden und Bedrückten zugewandt hat. Deshalb gehörte im westlichen Christentum die Förderung humaner Lebensbedingungen seit jeher dazu – auch wenn es daneben öfter Ansätze und Bewegungen gab und gibt, sich auf die Liturgie, das Gebet und die Meditation zu konzentrieren und sich im Weltengagement zurückzuhalten. Das überzeugende Gegenbeispiel liefern die Klöster; als Orte des Gebets widmen sie sich häufig auch sozialen Aufgaben, etwa in der Fürsorge für Arme, Alte und Kranke, in der Betreuung von Waisen sowie in Erziehung und Bildung.

Für das Weltengagement der institutionalisierten Kirche, der Gemeinden und Pfarreien, freier kirchlicher Vereinigungen, Verbände, Gruppen und einzelner Christinnen eröffnen die modernen Gesellschaften vielfältige Möglichkeiten. Davon zeugen kirchliche Einrichtungen wie *Caritas*, *Brot für die Welt* und andere Hilfswerke. Neben einer Vielfalt von christlichen Organisationen und Verbänden mit sozialen und gesellschaftlichen Zielen existiert eine Fülle von Einrichtungen im Bildungswesen; einzelne Christen engagieren sich zudem in nicht ausdrücklich christlichen Organisationen (Gewerkschaften, Bürgerinitiativen ...).

Während dieses zivilgesellschaftliche Engagement von Kirchen und christlichen Organisationen in der öffentlichen Meinung weitgehend akzeptiert ist, trifft die Mitgliedschaft von Christ*innen und besonders von kirchlichen Amtsträgern in Parteien öfter auf Vorbehalte. Dafür spricht aber, dass Parteien die zentrale Verbindung zwischen der Zivilgesellschaft und dem staatlichen

Bereich von Parlamenten und Regierungen darstellen. Zivilgesellschaftliche Akteure können zwar auf dem Weg über die öffentliche Meinung, politisches Lobbying, Demonstrationen und Petitionen Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen; wie wirksam das am Ende wird, hängt aber wesentlich davon ab, inwieweit auch Parteien die entsprechenden Anliegen aufgreifen und in den staatlichen Sektor transportieren. Sie spielen in modernen Gesellschaften eine unverzichtbare Rolle; ohne Parteien erscheint politisches Handeln für das Allgemeinwohl kaum möglich. Zum Beispiel mussten lokale Umwelt-Initiativen oft die Erfahrung machen, dass selbst eine überregionale Zusammenarbeit auf der nationalen politischen Bühne nicht ausreichte, um ihre Ziele zu erreichen. Erst die Gründung von Parteien (Die Grünen) sowie die Mitarbeit in Parlamenten und darüber hinaus in Regierungen brachten ihre Anliegen entscheidend voran.

Die Demokratie kommt
von der Aufklärung!
Nicht vom Christentum!!



Genauso können also Christinnen und Christen ihren grundlegenden Zielen wie Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung sowie die Interessen ihrer Kirchen durch Engagement in politischen Parteien am nachdrücklichsten Gehör verschaffen. Vor allem politisches Gestalten kann die Strukturen des menschlichen Zusammenlebens verändern und die institutionellen Grundvoraussetzungen für eine gerechte Gesellschaft schaffen; keine andere Form menschlichen Gestaltens erreicht eine so breite Wirkung, was die Zahl der betroffenen Menschen und das mögliche Ausmaß der Wohlfahrtsförderung angeht. Umgekehrt kann auch das Unheil, das durch politisches Handeln entstehen kann, ähnliche Dimensionen annehmen – umso wichtiger, dass Christ*innen in der Politik dem entgegenreten. Wenn das christliche Gebot der Nächstenliebe darauf zielt, das Wohl der Mitmenschen zu fördern, kann dies also aus theologisch-ethischer Sicht als hervorragende Tat der Nächstenliebe angesehen und nur begrüßt werden.

Allerdings stellt sich für Christinnen und Christen, die sich politisch engagieren wollen, zunächst die Frage: Für welche Partei soll ich mich entscheiden? Eine Partei finden, die den ethischen Forderungen ihres Glaubens und ihrer Kirchengemeinschaft voll und ganz entspricht, werden sie kaum finden. Deshalb kann ihre Zugehörigkeit zu einem politischen Lager niemals ideologisch, sondern nur kritisch sein. Das setzt Kompromissfähig-

keit voraus, die aber nicht zu grenzenlosem Pluralismus politischen Engagements führen darf. Parteien, die eine antichristliche Weltanschauung vertreten und Menschenrechte nicht anerkennen, kommen aus theologisch-ethischer Sicht nicht in Frage. Dies gilt etwa für rechts-extreme Parteien.

Im übrigen darf von Christinnen mit unterschiedlichen parteipolitischen Optionen erwartet werden, dass sie sich nicht gegenseitig als „unchristlich“ verurteilen oder gar bekämpfen. Dies bedeutet auch, dass Christen in der CDU und CSU das „C“ als freiwillig angenommene Selbstverpflichtung, aber nicht als exklusiven Anspruch verstehen. Und: Christ*innen können für sich per se keinen Vorrang in Werte- wie in Sachkompetenz beanspruchen, sondern haben die Argumente anderer zu beachten. Das bedeutet auch, Nichtchristen in der Politik mit Achtung und Respekt begegnen.

Für Christinnen und Christen bleibt Politik immer etwas Vorläufiges und Relatives. Sie werden daher politische Ideologien mit umfassendem Weltanschauungscharakter und Erlösungsanspruch zurückweisen. Solche Ansprüche können sie aufgrund der christlichen Anthropologie, die um die Anfälligkeit der Menschen für sachliche und moralische Irrtümer weiß, nicht annehmen.

Weiterhin sollte der christliche Glaube politisch handelnde Christen ermuntern, über den Tellerrand ihrer eigenen Interessen hinauszuschauen und sich durch einen Gerechtigkeitssinn auszuzeichnen, der die Interessen anderer, auch von kommenden Generationen, Ausländer*innen oder der „Dritten Welt“ einbezieht. Denn das Handeln von Christinnen und Christen in der Politik steht unter dem Selbstanspruch, vorrangig nicht Interessenvertretung, sondern einen Beitrag zu größerer Gerechtigkeit in der Welt zu leisten.

*Dann gehört sie
nicht zu Deutschland!*



i Joachim Wiemeyer
ist Professor für Christliche Soziallehre
an der Ruhr-Universität Bochum.